

3. Politische Herrschaft und soziale Organisation – Resultat distributiver Gruppenkonflikte oder regulativ hergestellte Systemstabilität?

Während es im beschriebenen neopatrimonialen System zu einer direkten Konfrontation von Machtblöcken bzw. gesellschaftlichen Gruppen kommt, die man nach den höchst unterschiedlichen Macht- und Aneignungschancen über materielle sowie immaterielle Ressourcen differenzieren kann, sind im Gegensatz dazu westlich-liberale Modelle von Staatlichkeit davon geprägt, dass soziale Konflikte und der Modus des Herrschaftszugangs – zumindest in der Theorie – weitgehend institutionalisiert und eingehegt sind. Kommt es in einem neopatrimonialen System zu einem Transitionsprozess, dann verschärft sich die Konfrontation zwischen verschiedenen Machtblöcken, so lautet die Annahme, wenn sich neben der herrschaftspolitischen und sozioökonomischen Dimension noch eine weltanschauliche Dimension zwischen konkurrierenden oppositionellen Akteur*innen öffnet und diese Differenzen in Konflikte um die zukünftige Gestaltung der politischen Ordnung münden.

Im Gegensatz zur klassischen Transformationsforschung, die sich oft auf Makrobetrachtungen von Regimeeliten und ihre Opponenten konzentriert und auch im Gegensatz zur Bewegungsforschung, die sich in ihrer Analyse in erster Linie auf soziale Protestbewegungen stützt (vgl. die Theoriesynopse bei Schedler 2013: 8), verfolgt die vorliegende Studie einen integrativen Ansatz, der die beteiligten Akteur*innen in einem ersten Schritt sowohl in ihrer herrschaftspolitischen Konfiguration als Herrschaftseliten respektive Opposition begreift als auch in ihrer sozioökonomischen Konfiguration als SKOG, die ein materielles Interesse an der Erhaltung bzw. Verbesserung ihrer Position im politischen System haben.

3.1 Strategische und konfliktfähige Gruppen

Als theoretischer Rahmen für die Beschreibung einer machtpolitischen Polarisierung der Akteur*innen eignet sich das Konzept der Strategischen und Konflikt-

fähigen Gruppen von Schubert et al., das im Anschluss an den Bielefelder Ansatz über strategische Gruppen konzipiert wurde (Evers/Schiel 1988; 1994). Zwar wählen die Autoren eine akteur*innenzentrierte Herangehensweise an das Problem der Demokratisierung; doch im Gegensatz zu Arbeiten, die in der Tradition von Rational-Choice-Theorien stehen, geht es bei diesem Ansatz weniger um Entscheidungen, sondern um klassen- bzw. gruppenspezifische Interessen und Strategien, wie diese in konfliktiven Konfrontationen durchgesetzt werden können (O'Donnell/Schmitter 1989; Przeworski 1986). Sicherlich ist weder die eine, noch die andere Perspektive *allein* in der Lage politischen Wandel zu erklären.¹ Der Vorteil des Ansatzes von Schubert et al. liegt zunächst darin, dass er die strukturelle Dimension mit der handlungstheoretischen Dimension vereint und die Wechselwirkungen aus einer Vogelperspektive beschreibt – ohne allerdings die Mikroebene gruppenmäßiger Mobilisierungs- und Konstituierungsprozesse zu erforschen.

Unter strategischen Gruppen verstehen Schubert et al. herrschende Gruppen (sog. Regimekoalition), unter konfliktfähigen Gruppen, oppositionelle Gruppen. Sie gehen weiterhin davon aus, dass strategische Gruppen »die ökonomische Verfügungsgewalt über gesellschaftliche Ressourcen« kontrollieren und »versuchen, die Rahmenbedingungen für eine Erhaltung oder Verbesserung ihrer Appropriationschancen zu gestalten oder zu verändern (ebd.: 68). [...] Diese Appropriationschancen beziehen sich nicht ausschließlich auf materielle Güter, sondern können auch Macht, Prestige [...] beinhalten. Das gemeinsame Interesse ermöglicht strategisches Handeln, d.h. langfristig ein ›Programm‹ zur Erhaltung oder Verbesserung der Appropriationschancen zu verfolgen.« (Evers/Schiel 1988: 10)

Das »gemeinsame Interesse« der strategischen Gruppen muss ebenso wie dasjenige der konfliktfähigen oppositionellen Gruppen jedoch erst als solches erkannt werden, um in Handlung übersetzt werden zu können. Hemmnisse und Möglichkeitsstrukturen als vermeintlich strukturelle Bedingungen des Handelns gewinnen ihre Bedeutung erst im Konstruktions- und Erkenntnisprozess der Akteur*innen (Kap. II-3.2).

Der Vorteil dieser idealtypischen Konzeptualisierung organisierter gesellschaftlicher Interessen besteht in deren Einbettung sowohl in den gesellschaft-

1 Die Frage nach dem »Königsweg in der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung« hat Merkel bereits vor vielen Jahren aufgeworfen und kommt zum Schluss: »Scheut man den [...] Vorwurf des Theorieeklektizismus nicht, lassen sich bei einer kritischen Durchsicht der funktionalistischen, strukturalistischen und akteurstheoretischen Konzepte erkenntnisfördernde Anschlussmöglichkeiten finden. Ein Ansatz zur Systemwechselforschung, der funktionale Teilsystemlogiken, systemische Legitimationserfordernisse, Sozial- und Machtstrukturen, Institutionen sowie den internationalen Kontext als jeweils zu konkretisierende constraints für das strategische Handeln politischer Akteure begreift, vermag die Logik und den Ablauf von Systemwechseln angemessener zu entschlüsseln als Ansätze, die auf eine einzige Theorie verpflichtet werden.« (1996: 325f.)

lichen Produktionsprozess – ausgedrückt durch deren Aneignungschancen gesellschaftlicher Ressourcen – als auch in die politischen Macht- und Herrschaftskonfigurationen.

Die Analyse der Aneignungschancen und -weisen sozial konstituierter Gruppen und die Unterscheidung zwischen herrschenden, strategischen sowie oppositionellen, konfliktfähigen Gruppen stellt eine konflikttheoretische Perspektive dar, in der es primär um die Frage geht, inwieweit gesellschaftliche Macht durch partikularistische Gruppen vermittelt wird und zwischen diesen umkämpft ist (Gamson 1968; Offe 2003a) (Kap. I-3.1.2). Dieser Überlegung liegt die klassische sozialwissenschaftliche Annahme zugrunde, wonach sich sozialer Wandel durch Konflikte zwischen Gruppen (Klassen) mit Macht und Gruppen ohne Macht vollzieht (Dahrendorf 1959: 136ff.). Macht wird dabei *nicht allein* als Funktion der Verfügungsgewalt über materielle Ressourcen und Produktionsmittel begriffen, sondern lediglich als ein Spezialfall davon. Macht sei das »allgemeinere soziale Verhältnis«, d.h. Macht- und Verteilungsverhältnisse sind nicht deckungsgleich (ebd.: 137). Zentrales Kriterium, das die Aneignungschancen von Gruppenmacht determiniert, ist ihre sogenannte Konfliktfähigkeit. Sie müssen sich im gesellschaftlichen Positionierungs- und Aushandlungsprozess gegen andere organisierte Interessen durchsetzen (Schubert et al. 1994: 61) (Kap. I-3.1.4).

In Ägypten herrscht der Präsident mit Hilfe seines Umfelds, dem Militär, kooptierten (Staats-)Partei(en) und Interessenverbänden, dem religiösen Establishment an der al-Azhar Institution sowie den zahlreichen Sicherheitsdiensten, regimenahe Unternehmern sowie der Staatsbürokratie. Diese Einheiten lassen sich als strategische Gruppen bzw. herrschende Regimekoalition beschreiben, die die politische Herrschaft praktisch monopolisiert haben. Darüber hinaus gliedern sie sich in verschiedene Sektoren, deren Funktionsträger wiederum unterschiedliche Ränge auf der Hierarchieebene einnehmen und sich als Top-, Kern-, Mittlere- und Subelite mit verschiedenen Aufgaben beschreiben lassen (Pawelka 1985: 30).

Analytisch sind die verschiedenen Sektoren und Ränge kein einheitlicher »Block an der Macht« oder gar eine geschlossene Klasse, sondern sie konkurrieren untereinander, um mehr Einfluss und die Gunst des Herrschers (Poulantzas 2017 [2002, Erstausgabe 1978]: 15f.). Aufgrund dieser Elitenkonkurrenz ist es plausibel von verschiedenen formellen, wie informellen Interessengruppen unter den strategischen Gruppen zu sprechen. Trotzdem soll in dieser Arbeit forschungspragmatisch auf eine detaillierte Bestimmung der fraglichen Gruppen (Militär, hohe Beamte, Wirtschaftselite) nach soziostrukturellen, objektiven Kriterien verzichtet und lediglich deren organisierte, subjektive Artikulationsform in Form von Parteien, Verbandsorganisationen etc. betrachtet werden. Dies entspricht auch dem gesetzten Forschungsauftrag, den Verlaufsprozess der Transformation

anhand der Auseinandersetzungen zwischen den neu konstituierten, säkularen Parteien und der Regimekoalition zu analysieren.²

Innerhalb der Regimekoalition von besonderem Interesse sind das Militär und seine Verflechtungen mit Politik und Wirtschaft des Landes. Schubert et al. unterscheiden vier unterschiedliche Sektoren innerhalb des Militärs (1994: 80ff.). In der Hierarchie stehen ganz oben die Generäle, die auch für die Analyse von Transitionsprozessen am wichtigsten sind. In Transitionsprozessen können hohe Generäle und Offiziere eine besondere Funktion einnehmen, indem sie den Prozess blockieren (Vetomacht) oder unterstützen (Kap. I-2.3.1). In Militärregimen, wie Ägypten vor der Revolution, in denen das Militär großen Einfluss und Zugriff auf staatliche Renten hatte (und noch hat), geht die Tendenz dahin, die Opposition zu unterdrücken sowie ungleiche Besitzverhältnisse und die damit verbundene Sozialordnung zu bewahren (ebd.: 81).

Oppositionelle Akteur*innen in einem Transitionsprozess lassen sich als konfliktfähige oppositionelle Gruppen (KOGs) nach dem SKOG-Konzept fassen, wenn sie

»sich gegen bestehende Macht- und Verteilungsverhältnisse wenden. Da sie über ein hinreichendes Droh- und/oder Verweigerungspotential (Konfliktfähigkeit) zur Durchsetzung ihres (partikularen) Gruppen- oder Standesinteresses verfügen und bestrebt sind dieses Potential aktiv zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele gegen strategische Gruppen einzusetzen (Konfliktbereitschaft), werden sie zu wichtigen Beförderern von politischem Wandel.« (Ebd.: 69)

Es ist anzunehmen, dass es sich bei KOGs – im Gegensatz zu strategischen Gruppen – während eines gerade sich vollziehenden Transitionsprozesses in der Mehrzahl um wenig bis kaum institutionalisierte Gruppen handelt, diese aber »politische Akteure, Gruppen und Parteien hervorbringen, die politische Alternativen verkörpern und hohe Mobilisierungskraft besitzen« (Hafez 2009: 113). Gewerkschaften, Parteien, soziale Bewegungen bilden in der Regel den Kern der KOGs. So haben sich in Ägypten kurz nach dem Sturz Mubaraks dutzende neue Parteien gebildet und soziale Protestgruppen konstituiert (Kap. II-6.2). Noch bevor Mubarak zurücktrat, hat sich auf dem Tahrir-Platz in Kairo die unabhängige Dachgewerkschaft *Egyptian Federation of Independent Trade Unions* (EFITU) gebildet.

2 Während Analysen des globalen Nordens sich aufgrund der relativen (und noch immer unvollständigen) Angleichung der Lebensverhältnisse anderer Zugänge bedienen (s. unten Integrations- vs. Konflikttheorie), erscheint es weiterhin als legitim, im vorliegenden Fall auf diese Form der Analyse zurückzugreifen, die aufgrund der extremen sozialen Disparitäten in Ägypten von der Existenz antagonistischer Interessenlagen und Aneignungschancen zwischen Elitengruppen und von ihnen repräsentierten/klientelisierten Klassen einerseits sowie marginalisierten Klassen andererseits ausgeht.

Ihre wichtigsten Ziele bestehen in der Erlangung, Absicherung oder Erweiterung materieller Ressourcen im gesellschaftlichen Verteilungskampf, der politischen Partizipation (Teilhabe), der Wahrung einer eigenen Identität, Durchsetzung einer regulativen Idee für den Staat, die weltanschaulich unterfüttert sein kann sowie der Abwehr der Aneignungs- und Machtstrategien von strategischen Gruppen im Sinne der Durchsetzung der eigenen Interessen (Schubert et al. 1994: 69).

3.1.1 SKOGs als Artikulation gesellschaftlich-politischer Bruchlinien?

Wenn sich während eines demokratischen Transitionsprozesses ein neues Parteiensystem herausbildet, dann ist es legitim, die entstehenden oppositionellen Gruppen als Ausdruck von gesellschaftlichen Bruch- oder Konfliktlinien (*cleavages*) zu interpretieren (Lipset/Rokkan 1967).³ Diese Brüche können nachfolgende politische Entwicklungen determinieren, wenn sie zu »langfristigen Bindungen zwischen gesellschaftlichen Schichten und politischen Parteien führen« (Bornschieer 2007: 4). Soziale Konflikte zwischen sozialen Gruppen werden dadurch eingefroren, institutionalisiert und einem geregelten Konfliktaustrag zugeführt (Hamid 2014: 140).

Drei konstitutive Elemente müssen vorliegen, um von der Existenz einer ideologischen Parteienfamilie sprechen zu können: Sozial-strukturelle Dimension des Konflikts (Religion, Klasse etc.), kollektive Identität bzw. kollektive Handlungsweise der involvierten sozialen Gruppen sowie drittens eine organisationale Manifestation in Form einer Partei oder kollektiver Handlungsweisen (Bartolini/Mair 1990: 213ff.; Bornschieer 2009: 2).

Nur wenn alle drei Faktoren gegeben sind, kann von einer Dauerhaftigkeit der Konfliktlinien ausgegangen werden, die dann das politische System strukturieren (Bornschieer 2009: 2f.). Vor allem das Kriterium der Dauerhaftigkeit kann in der Analyse eines politischen Transitionsprozesses nur ex-post herangezogen werden.

3 In ihrer klassischen Theorie beziehen sich die beiden Autoren allerdings auf die Entstehung westeuropäischer Parteiensysteme und die dort vorgefundenen Strukturbedingungen. Vor allem hinsichtlich der von den Autoren gemachten Prämissen für die Entstehung eines Parteiensystems, namentlich die Existenz einer nationalen Revolution und die einer industriellen Revolution, muss man im Fall Ägyptens einschränkend konstatieren, dass aufgrund der kolonialen Durchdringung des Landes seit Ende des 19. Jahrhunderts kaum von einer eigenständigen und ungestörten ökonomischen Entwicklung gesprochen werden kann, ganz zu schweigen von einer industriellen Revolution, vgl. zu dieser Problematik Bornschieer (2009: 7); Lipset/Rokkan (1967: 13ff.). Hinsichtlich der nationalen Revolution ist es legitim, eine historische Linie zu ziehen, die vom Urabi-Aufstand von 1879, über den Aufstand von 1919 gegen die britische Besatzung, der in die formale Unabhängigkeit 1922 mündete, bis hin zur Vertreibung der englischen Kolonialtruppen durch die Freien Offiziere in Folge der Revolution von 1952 reicht.

Wann bzw. ob der Prozess als abgeschlossen zu betrachten ist, stellt allerdings ein weiteres Problem dar.

Allerdings sind Parteienfamilien nicht immer nur an einer Bruchlinie orientiert; vielmehr können sich verschiedene Konfliktfelder wie Stadt vs. Land, Arbeit vs. Kapital, interkonfessionelle Konflikte bzw. Konflikte zwischen Kirche und Staat (Kirche vs. Säkularismus bzw. Islam vs. Säkularismus) überlagern (Boix 2009: 502f.; Lipset/Rokkan 1967: 14). Auch die Frage, ob eher sozio-strukturelle oder weltanschaulich-religiöse Konfliktlinien dominieren, hängt oft mit der historischen Entwicklung des betrachteten Landes zusammen (Lipset/Rokkan 1967: 33f.).

Zudem tritt in Transitionsprozessen ein weiteres potentielles Hindernis in der Entstehung eines multipolaren Parteiensystems als Ausdruck institutionalisierter Konfliktlinien zutage: Strategische Gruppen und herrschende Eliten haben ein großes Interesse daran, das emergente Parteiensystem nach ihren Wünschen zu beeinflussen bzw. die Verfestigung oppositioneller sozialer Interessenlagen in politische Parteiateilnehmer*innen zu verhindern. Der enge Zusammenhang zwischen (historischem) Konflikt, kollektiver Identität und organisationaler Loyalität einerseits und dem strukturellen Element, insbesondere von politischen Opportunitäten, ist zentral für das Verständnis der Entstehung neuer Parteiensysteme und wird Gegenstand weiterer Betrachtungen sein (Boix 2009) (Kap. I-3.2).

3.1.2 SKOGs zwischen Anerkennung und radikaler Polarisierung

Ein autoritäres politisches System wie in Ägypten lässt sich als Matrix fassen, in der die herrschenden strategischen Gruppen als Vertreter*innen von Partikularinteressen ihre Kontrolle über den Staatsapparat und die Verteilung über materielle Ressourcen und politische Einflusschancen soweit ausgedehnt haben, dass sowohl politische Opposition als auch systemgefährdende Bedürfnisartikulation bis 2011 kaum möglich und folglich kaum vorhanden waren.

Grundlegend für diese Perspektive (Konflikttheorie) ist ihr Fokus auf Akteur*innen und deren Macht in einem gegebenen politischen System, die sie für die Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen und nicht das System als Ganzes (Gamson 1968: 3). Die strukturelle Dimension von Machtverteilung und deren soziale Basis stehen im Fokus. Bruchlinien und Konflikte zwischen Akteur*innen und deren Konfliktstrategien werden in dieser Perspektive als zentrale Kriterien analysiert und nicht etwa wie ein Konflikt (konsensuell) reguliert werden kann (Dahrendorf 1959; Gamson 1968: 13ff.; Michels 1989; Miliband 1969; Mills 1957; vgl. kritisch dazu: Poulantzas 1969, 1976).

Überträgt man diese konflikttheoretische Perspektive auf einen Transitionsprozess, so stellt sich die Frage, wie die konkrete Vermittlung von gesellschaftlichen Interessen und politischer Herrschaft neu geregelt werden kann, welche Mechanismen und sozialen Prozesse institutionalisiert werden müssen, um den strukturell

repressiven Charakter des bisherigen politischen Systems aufzulösen und in ein demokratisches Regime zu überführen, in dem nicht mehr partikulare Gruppen ihr exklusives Gruppeninteresse verfolgen, sondern welches sich durch eine Trennung von sozialer Gruppenmacht und politischer Herrschaft, also eine Differenzierung von Funktion und Struktur auszeichnet (Integrations- und Theorie) (Offe 2003b: 18).

Es geht also darum, *wie* die existierenden gesellschaftlichen Konfliktlinien – die durchaus auch *innerhalb* existierender Parteien sich fortsetzen können⁴ – in einer Art und Weise institutionalisiert und verstetigt werden können, so dass »regierende Parteien herausgefordert werden sowie Machtwechsel stattfinden« können (Lipset 1981: 1). Dies ist, so kann als These festgehalten werden, ohne Konsens zwischen den Konfliktparteien und der prinzipiellen *Anerkennung* der Anliegen des politischen Gegners bzw. der Anerkennung der Existenz des politischen Gegners als legitim, nicht möglich. Eine demokratische Ordnung ist nur durch diese Anerkennung möglich.

Neben soziostrukturellen Faktoren für eine Herausbildung von gesellschaftlichen Konfliktlinien, in deren Zentrum die Reichtumsverteilung und die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel steht, rücken nun – auch mit Blick auf Ägypten – das zweite und dritte konstitutive Element ideologischer Parteienfamilien (*cleavage structures*) in den Mittelpunkt der Betrachtung: Eine identitätspolitische Bruchlinie sowie ihre organisationale Manifestation in Form von Parteien und anderen kollektiven Entitäten. Mit Bezug zum Untersuchungsland Ägypten ist damit die historische Bruchlinie zwischen säkularem und islamischem Lager gemeint (Hamid 2014: 144).

Chantal Mouffes Ausgangsprämisse ihrer Theorie über das *Politische* lässt sich an das Konzept von Lipset/Rokkan über ideologische Parteienfamilien adaptieren, wonach Politik ohne eine auf kollektiven politischen Identitäten gründende *Wir-Sie*-Unterscheidung nicht möglich sei.⁵ Mehr noch: Das Wesen von Politik, verstanden als Gesamtheit politischer Praxis, sei ohne einen Begriff des Politischen,

4 Neuere konflikttheoretische Arbeiten gehen nicht mehr davon aus, dass einzelne Parteien oder Interessenorganisationen monolithische Blöcke sind, in denen alle Mitglieder die gleichen Interessen verfolgen – unabhängig von ihrer gesellschaftlichen sowie innerorganisatorischen Stellung – sondern durchaus in Konkurrenz- und interne Aushandlungsprozesse miteinander treten, Preisendörfer (2011: 117f.).

5 Es sei darauf hingewiesen, dass Mouffe ihre Theorie anhand *westlicher* Staaten und der dort vorhandenen Unterscheidung zwischen linken und rechten Akteur*innen entwickelt sowie anhand der Diagnose, dass ein postpolitischer Konsens, also eine Verwischung der ideologischen Grenzen, eine Gefährdung der Demokratie darstelle. Nichtsdestotrotz erscheint es als gewinnbringendes Unterfangen, ihre Theorie für eine andere Art von *Wir-Sie*-Unterscheidung zu adaptieren. Ihre Überlegungen zu Demokratie, Pluralismus und dem Politischen helfen, sowohl Akteur*innenkonstellationen als auch notwendige institutionelle Neu-Arrangements in Transitionsprozessen zu verstehen.

also die Art und Weise, wie Gesellschaft strukturiert ist, nicht zu durchdringen (Mouffe 2007: 15; vgl. auch Mouffe 2016).

Jedoch lehnt sie eine solche »Wir-Sie-Konfrontation« ab, solange sie im moralischen und nicht im politischen Register verortet wird, da dann »der Gegenspieler nur als zu vernichtender Feind wahrgenommen werden« kann, Pluralismus verunmöglicht werde (Mouffe 2007: 11f.). Widerstreitende Interessen ließen sich auch nicht durch die Schaffung von Institutionen mit »vermeintlich unparteiischen Verfahren« (dauerhaft) und im Konsens lösen, wie es in der Tradition des Liberalismus stehende Theorien postulieren (ebd.: 10).

Vielmehr definierten Macht, Konflikt und Antagonismus die Sphäre des Politischen, die, so Mouffe mit Bezug auf Carl Schmitt, zugleich »die Sphäre der Entscheidung« sei (ebd.: 16; 19). Der Antagonismus lasse sich nicht aus der Welt schaffen. Stattdessen plädiert sie für die Schaffung einer »agonistischen Sphäre«, in der sich hegemoniale Projekte auf Augenhöhe begegnen könnten (Mouffe 2007: 10, 2016: Kap. 1). Die zentrale Aufgabe von Politik lautet entsprechend:

»Die Besonderheit demokratischer Politik liegt nicht in der Überwindung des Wir-Sie-Gegensatzes, sondern in der spezifischen Art seiner Etablierung. Demokratie erfordert eine Form der Wir-Sie-Unterscheidung, die mit der Anerkennung des für die moderne Demokratie konstitutiven Pluralismus vereinbar ist.« (Mouffe 2007: 22)

Die von Habermas vorgeschlagene, in der Tradition des Liberalismus gründende, deliberative Form von Demokratie, durch *kommunikative Rationalität* einen Konsens herzustellen, lehnt Mouffe allerdings ab. Gerade der konflikthafte Charakter der Politik bilde den Ausgangspunkt *demokratischer* Politik (ebd.: 21): »Konsens ist zweifellos notwendig, er muss aber von Dissens begleitet werden.« (Mouffe 2016: 28f.)

Einen Ausweg aus diesem Dilemma zeichnet sie durch ihren agonalen Ansatz, also die Etablierung eines »konfliktualen Konsens«, der im politischen Feind, nicht mehr den absoluten Gegner sieht, sondern einen »legitimen Feind« (Mouffe 2007: 69). Damit umreißt sie ein polit-philosophisches Programm, das die Anerkennung eines für die Demokratie notwendigen Pluralismus ins Zentrum stellt: »Liberales, demokratisches Politik setzt voraus, die ›Anderen‹ nicht als Feinde wahrzunehmen, die es zu vernichten gilt, sondern als Kontrahenten, deren Ideen es zwar [...] zu bekämpfen gilt, deren Recht, für diese Ideen einzutreten, aber nicht infrage gestellt werden darf.« (Mouffe 2016: 28)

Bleibt es bei einer Feindwahrnehmung des politischen Gegners *und* einer totalen Ablehnung seiner Ideen oder Weltanschauung, dann ist die Etablierung dieses konfliktualen Konsenses nicht möglich. Es kommt zu einer *radikalen Polarisierung*, die sich durch den Willen auszeichnet, den Gegner politisch zu marginalisieren oder – im Extremfall – ihn (physisch) auszulöschen, anstatt ihn als legitim anzu-

erkennen. Aushandlungsprozesse und Vereinbarungen, die in eine agonale plurale Demokratie münden, werden auf diese Weise erschwert bzw. unmöglich.

Was Mouffe als Agonistik bzw. die Notwendigkeit agonaler pluraler Demokratie bezeichnet, haben liberale Autor*innen wie Fraser (1997), Honneth (1992, 2010), Taylor (1993) oder Forst (2009) als Auseinandersetzungen um Anerkennung bezeichnet (vgl. für einen Überblick Hafez 2017: 281f.). Zwar drehen sich deren Konzeptionierungen von Anerkennungsverhältnissen und Gerechtigkeit meist um identitätspolitische Fragestellungen wie Geschlechterverhältnisse oder um Migration und die soziale Frage. Sie lassen sich aber gut auf einen identitätspolitischen Gegensatz wie Säkularismus und Islam sowie die rechtliche Ausgestaltung einer pluralen politischen Ordnung in Ägypten übertragen.

Nach Honneth gibt es drei Anerkennungssphären: Liebe, Recht und Wertschätzung. Damit gesteht er der von Mouffe eingeforderten Berücksichtigung von Affekten eine große Rolle in der Konstruktion von Anerkennungsverhältnissen zu: Anerkennung sei »die wechselseitige Beschränkung der eigenen, egozentrischen Begierde zugunsten des jeweils Anderen« (Honneth 2010: 32). Zugleich spricht er von kultureller Identität und setzt diese mit kollektiver Identität gleich (Honneth 2003: 190). Die daraus resultierenden Gegensätze und identitätspolitischen Konflikte will er durch gegenseitige individualistische oder kommunale Anerkennung überwinden (ebd.: 191ff.). Ganz in der Tradition des liberalen Denkens, zeichnen sich Anerkennungsverhältnisse bei Honneth durch eine – von Mouffe scharf kritisierte – moralisch-normativ gebotene Aufhebung antagonistischer Konstellationen aus.

Rechtliche Gleichheit ist bei Honneth das Mittel zur Anerkennung unterschiedlicher, gruppenbezogener Identitäten und damit verbundener (materieller, rechtlicher, politischer) Differenzverhältnisse (2003: 200). Jedoch muss auch an dieser Stelle kritisch eingewandt werden, dass Honneth sozialstrukturell gelagerten machtpolitischen Disparitäten zu wenig Bedeutung einräumt und der anerkennungspolitischen Überwindung dieser gesellschaftlichen Konfliktlinien zu optimistisch gegenüber tritt, etwa wenn er postuliert, dass sich die meisten identitätspolitischen und kulturbezogenen Anerkennungsfragen mithilfe rechtlicher Gleichheit lösen ließen, also auf der Ebene institutionalisierter Normen und Verfahren (ebd.: 201).

Bedorf hat in seiner Konzeptionierung von »verkennender Anerkennung« diesem Umstand Rechnung getragen, indem er Honneths Ansatz unter Bezugnahme auf Althusser und Butler um die Komponenten Macht und Identitätskonstruktion erweitert (2010: 95ff.):

»Für unseren Zusammenhang ist diese Seite des Anerkennungsbegriffs deswegen von Bedeutung, weil damit darauf hingewiesen wird, dass in Anerkennungsbeziehungen nicht nur hermeneutische Offenheit oder ein moralischer Mehrwert

wirken, sondern auch Machteffekte, die bestimmten Subjektformen zur Durchsetzung verhelfen. Anerkennungsbeziehungen sind nie rein zu haben, weil sie in Strukturen verwickelt sind, die die Form dessen, was anerkannt werden soll, vorab bestimmen.« (Ebd.: 95)

Konsens, wie ihn Honneth beschreibt, kann es nach Bedarf folglich nicht geben, weil die in soziale Beziehungen eingeschriebenen Machtgefälle diesen verhindern. Zudem unterscheidet sich Butlers und Althusser's Theorie, auf die sich Bedarf bezieht, fundamental von derjenigen Honneths bezüglich der Diskursivität und Konstruiertheit von Subjektivität bzw. persönlicher Identität: Während Honneth auf der moralisch-rechtlichen Ebene verbleibt und eventuelle Machtungleichgewichte ausblendet, indem er Identitäten a priori voraussetzt und ihre Konstruktion nicht weiter verhandelt, werden Identitäten in Butlers Theorie, auf die sich Bedarf bezieht, erst diskursiv konstruiert (ebd.: 97). Identitäten und Anerkennungsverhältnisse werden bei Bedarf zu relationalen sozialen Verhältnissen umgedeutet und aus ihrer moralisch-philosophischen Ebene herausgelöst. Sie gewinnen an Dynamik und ihre Etablierung unterliegt dem Vorbehalt des Scheiterns. Eine radikale, auf identitätspolitischen Gegensätzen beruhende, Polarisierung zwischen politischen Akteur*innen ist dann nicht mehr eine unvorhergesehene Anomalie in einem von Konsens geprägten Weltbild, die sich durch institutionelle und rechtliche Maßnahmen aufheben lässt, sondern betrifft auch den Bereich der politischen Kultur und liegt somit immer im Möglichkeitsbereich sozialer Interaktion. Dieser Zusammenhang ist insbesondere bei der Genese von Netzwerken und deren weiterer Konstituierung bzw. deren Übergang in formal organisierte Formen politischer (Gruppen-)Identität zentral (Kap. II-5.3 & 5.4); auch in Netzwerktheorien wird davon ausgegangen, dass Identitäten sich erst im Prozess der sozialen Interaktion konstituieren.

Auf soziale Gruppen und Netzwerke übertragen fordert das Konzept der Anerkennung anderer und der Einschränkung der eigenen Affekte ein hohes Maß an Konsens- und Kompromissbereitschaft bei den Akteur*innen ein, sodass eine institutionalisierte Anerkennungsordnung überhaupt hergestellt werden kann (in Form einer Demokratie etwa) (Hafez 2017: 282; Honneth 2003: 161f.). Diese Ordnung ist aber, anders als manche integrationstheoretische Modelle politischer Herrschaft behaupten, kein Hort systemtheoretischer Stabilität⁶, oder delibera-

6 Auch Systemtheoretiker*innen verneinen nicht die Existenz von sozialen Konflikten. Doch im Gegensatz zu Vertreter*innen von Konflikttheorien, verorten sie die Macht, die Einfluss auf die sozialen Beziehungen nimmt, im System und nicht bei den Akteur*innen. Soziale Akteur*innen sind nicht die Verkörperung dieser Macht. Macht ist dieser Perspektive zufolge ein funktionelles Systemerfordernis, die von politischen Akteur*innen zur Systemstabilisierung und -regulierung eingesetzt wird – nicht mehr und nicht weniger, vgl. Easton (1965); Parsons (1960). Diese Perspektive verkennt allerdings die Rolle von Ideologien und Herrschaft bzw.

tiver Konsensorientierung, sondern ein im Mouff'schen Sinne labiles pluralistisches Gleichgewicht, das durch ungleiche Machtverhältnisse sowie ideologische Visionen sozialer Akteur*innen strukturiert ist, die aber antagonistische kollektive politische Identitäten und deren Anliegen als gleichberechtigt anerkennen (vgl. auch Dahrendorf 1959: 225f.). In Transitionsprozessen, in denen es neben der institutionellen Neuordnung gesellschaftlicher Machtverhältnisse auch um die Etablierung von Anerkennungsverhältnissen in Form einer *demokratischen politischen Kultur* geht, sind diese Kriterien zentral, wie die Analyse der ägyptischen Demokratisierungsbemühungen zeigen wird.

3.1.3 Die Organisationsfähigkeit von konfliktfähigen oppositionellen Gruppen

Neben der ideologischen Dimension gilt als Voraussetzung für die Organisation von Interessenkonflikten und in einem weiteren Schritt Repräsentation von konsistenten gesellschaftlichen Interessengruppen, die diese Ziele auch durchzusetzen vermögen, deren Organisations- und Konfliktfähigkeit (Offe 2003a; Olson 2004 [1965]; Schubert et al. 1994: 70).

Als organisationsfähig gelten gesellschaftliche Interessen dann »wenn sie in ausreichendem Umfang diejenigen motivationalen und materiellen Ressourcen mobilisieren können, die zur Etablierung eines Verbandes oder eines ähnlichen Instruments der Interessenvertretung erforderlich sind« (Offe 2003b: 21). Jedoch lässt sich nicht jedes Interesse organisieren. Es muss sich als Spezialbedürfnis einer sozialen Gruppe artikulieren lassen (ebd.). Je allgemeiner ein Interesse definiert ist und artikuliert wird, desto schwieriger wird seine verbands- oder parteimäßige Organisation. Zugleich gilt jedoch, dass eine erfolgreiche und dauerhafte verbandsmäßige Organisation von sozialen Interessen eine schichtübergreifende, allgemeine Programmatik benötigt, die nicht zu sehr an die Artikulation partikularer gesellschaftlicher Widersprüche gebunden ist (ebd.: 22).

Überträgt man diese Bedingungen von Organisationsfähigkeit auf die Organisation und Artikulation von Protest als aggregierter Form sozialer Unzufriedenheit, die am Anfang eines Transitionsprozesses steht, dann wird der Zielwiderspruch zwischen dem Erfordernis programmatischer Engführung einerseits und der schichtspezifischen Artikulation des Protests andererseits offenbar. Ideologien und Deutungsrahmen sozialer Wirklichkeit dürfen nicht hermetisch abge-

die Frage nach struktureller Verteilung von politischen Einflusschancen. Partikularistische »Privilegien sozialer Gruppen erscheinen hier immer nur als Begleiterscheinungen eines Regelungsprozesses«, so Offe (2003b: 14); vgl. auch Offe (2003a: 12f.); vgl. klassisch Lipset (1981). Besonders in Phasen des Systemwandels, die vielleicht von konkurrierenden Systementwürfen gekennzeichnet sind, stößt die Erklärungskraft solcher Ansätze an ihre Grenzen.

geschlossen sein, zugleich dürfen sie nicht beliebig sein, sondern müssen zentrale Anliegen einer Bewegung so artikulieren, dass sie mobilisierende Kraft entfalten. Für den konkreten Fall einer demokratischen Transition gilt, dass liberale Werte und Rechte betont, eine Überwindung des autoritären Systems angestrebt werden müssen. Zugleich müssen aber identitäre Merkmale und Orientierungen geschützt bzw. ihr Bestand garantiert werden. Oppositionsbewegungen stehen also vor dem Dilemma, zwischen zwei Polen fein austarieren zu müssen, ansonsten droht die sogenannte »radicalization trap«, also die Radikalisierungsfalle: Zum einen muss ihre programmatische Ansprache so radikal sein, dass sie eine Massenmobilisierung erfährt, andererseits dürfen die Bewegungen das herrschende Regime damit nicht auf eine Weise herausfordern, die es zu repressiven Gegenmaßnahmen provoziert (Albrecht 2008: 93). In diesem Fall würden sich zwar die Opportunitätsstrukturen der moderaten Opposition (*softliner*) verbessern; jedoch ist dann der Ausgang der Konfrontation mit dem Regime ungewiss. Eine zu hohe Kompromissbereitschaft auf Seiten der moderaten Opposition kann auch vom Regime ausgenutzt werden, um sie auszubremsen und mit einigen Zugeständnissen zum Einlenken zu bewegen.

Frühe Arbeiten der Bewegungsforschung postulierten einen engen Zusammenhang zwischen kollektiver Unzufriedenheit (*discontent*) und ideellen Dimensionen: McAdam et al. betonten etwa die Notwendigkeit sozial konstruierter Ideen und Interpretationsmuster, Frames, die gemeinsam erzeugt werden, aber durchaus umkämpft sind, um strategisch und legitimiert kollektiv handeln zu können (1996a: 9) (Kap. II-4). Darüber hinaus wird die Notwendigkeit von »geschützten Konsultationen« (*protected consultations*) zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen der Demokratie betont, die sich in umkämpften Auseinandersetzungen vollziehen (McAdam et al. 2001: 268).

Die Rolle, die soziale Bewegungen als Träger (*challengers*) möglicher Veränderungen und Vorstufe politischer Parteien einnehmen, ist zentral. Zugleich gilt aber, dass soziale Bewegungen nicht mit hierarchischen Organisationen gleichgesetzt werden dürften (McAdam et al. 1996a: 4). Soziale Bewegungen entsprechen eher »dichten informalen Netzwerken, die kollektive Identitäten entwickeln«, zwar organisiert, aber nicht formalisiert sind (della Porta/Diani 2006 [1999]: 20).

Aus Sicht der Demokratisierungsforschung stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob der Beginn eines Transitionsprozesses *nur* die Willensartikulation sozial marginalisierter, mehr oder weniger organisierter sozialer Bewegungen ist, die aufgrund der Kräfteverhältnisse im autoritären Status Quo wahrscheinlich scheitern wird, oder aber ob es sich um einen auf langfristige strukturelle Veränderungen angelegten Prozess handelt, der von der Handlungsmacht organisationsfähiger oppositioneller Gruppen ausgeht (Schubert et al. 1994: 6).

Doch anstatt diese apodiktische Entweder-Oder-Argumentation zu übernehmen, wird im Folgenden davon ausgegangen, dass mittel- bis langfristige Ver-

änderungen der politischen Strukturen (*polity*) nur durch organisiertes Handeln sozialer Gruppen möglich wird, diese Bemühungen aber auch scheitern können. Daran schließt unweigerlich die Frage nach der Handlungsmacht (*agency*) sozialer Akteur*innen an: Handeln sie planvoll und beabsichtigt (organisiert) oder sind Transitionsprozesse mehr oder weniger zufälliges Produkt »nichtintendierter und unkoordinierter Handlungen« (Kubik 2015: 113)? Wenn sie planvoll agieren, besitzen sie ausreichend Macht und Ressourcen, den Wandel herbeizuführen?

Die Mikroperspektive auf die Prozesse der Genese und eventuellen Konsolidierung einzelner Parteien und die Rolle motivationaler und ideeller Ressourcen (Kap. II-4) sowie die Prozesse der konfliktiven Aushandlung sollen Gegenstand späterer Betrachtung werden und dabei helfen, diese grundlegenden Fragen zu beantworten.

3.1.4 Die Konfliktfähigkeit von konfliktfähigen oppositionellen Gruppen

Für das Gelingen eines Transitionsprozesses ist es notwendig, dass sich oppositionelle soziale Protestbewegungen im Laufe der Zeit institutionalisieren, indem sie glaubhaft politische Alternativen für das herrschende System verkörpern und zugleich Protestbereitschaft bündeln. Przeworski zufolge, sei die Existenz oder nicht-Existenz glaubhafter Alternativen für die Regimestabilität sogar entscheidender, als die Regimelegitimität (1986: 52). Für den vorliegenden Fall muss diese durchaus plausible Einschätzung erst einer Überprüfung unterzogen werden.

Die Konfliktfähigkeit von Bewegungen oder Gruppen gilt als wichtiges Kriterium dafür, ob und inwieweit sie in der Lage sind, die herrschenden strategischen Gruppen im Sinne von »konterstrategischen Gruppen« herausfordern zu können (Evers/Schiel 1988: 13; vgl. auch Gamson 1968: 9). Dabei ist von entscheidender Bedeutung, wie die Konfliktfähigkeit, verstanden als »Fähigkeit einer Organisation [...] kollektiv die Leistung zu verweigern bzw. eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft anzudrohen«, gesteigert werden kann (vgl. auch Hafez 2009: 122; Offe 2003b: 22).

Schubert et al. definieren vier Kriterien, die erfüllt sein müssen, wollen Gruppen Konfliktfähigkeit erlangen oder steigern. Nimmt man Przeworskis Argument von eben hinzu, so tritt als weiteres Kriterium für Konfliktfähigkeit die Vision oder Idee für die Implementierung eines neuen Staatsprojekts hinzu:

- 1) »Grad der formalen Institutionalisierung in Form von Parteien, Verbänden etc.
- 2) Ideologische Kohärenz und innere Geschlossenheit als Faktoren, die ihre politische Glaubwürdigkeit beeinflussen.
- 3) Politische Legitimation bedingt durch Status, Tradition oder einer bestimmten »heroischen« Vergangenheit.

- 4) Mobilisierungspotential bei der breiten Bevölkerung.« (vgl. auch Merkel 1996: 316; Schubert et al. 1994: 69)

Ad 1) Neu formierende Protestgruppen in einem Transformationsprozess zeichnen sich durch einen geringen Grad der formalen Institutionalisierung (Satzung, Programm) aus. Bis sich aus diesen konsolidierte Parteiapparate entwickeln, kann es, abhängig von der Bestandsdauer des autoritären Systems und der damit einhergehenden praktischen Unerfahrenheit, verschiedene Organisationsformen zu errichten, einige Zeit in Anspruch nehmen (vgl. grundlegend dazu: Mainwaring 1999; Pridham 2000b: 149f.). Darüber hinaus zeigt die Literatur, dass ein quasi-lineares Wachstum ausgeschlossen sowie Prozesse organisationaler Konsolidierung meist mit vielen Hindernissen verbunden sind.

Organisationen sind in der Frühphase von Protestbewegungen selten gut strukturiert hinsichtlich »Formalisierung von Abläufen, Professionalisierung, zentraler Kontrolle, guter Finanzierung und starker Unterstützung durch Mitglieder« (Meyer/Tarrow 1998: 19). In der Regel entwickelten sich organisationale Strukturen erst nach dem Höhepunkt eines Protestzyklus. Deswegen gilt die Schwäche der Organisiertheit als nichts Ungewöhnliches in Transitionen. Vielmehr sind ausdifferenzierte Parteiapparate als Zeichen konsolidierter Demokratien zu werten (Pasquino 1990: 52).

Ad 2) Erst ein kohärentes System von Überzeugungen (Ideologie), ein politisches Programm und formalisierte Vorschriften (Satzung) erzeugen die Regelmäßigkeit im Verhalten aller Beteiligten einer Organisation, die die nötige Glaubwürdigkeit und Legitimität des Handelns sicherstellt (Endruweit 2004: 19f.). Allerdings soll Ideologie hier und im Folgenden nicht als geschlossenes Denkgebäude verstanden werden, sondern mehr im Sinne einer dünnen Ideologie (*thin-centered ideologies*), welche insbesondere in der Mobilisierungs- und Konstituierungsphase sozialer Akteur*innen eine große Rolle spielt (Scheufele 2019: 15ff.). Demnach würden dünne Ideologien sich an größere Ideologien anlehnen und nicht auf alle gesellschaftlichen Fragen Antworten bieten, sondern im Gegenteil nur bestimmte Teilbereiche adressieren, wie etwa Feminismus oder Umweltschutz. Zugleich bedeutet dies, dass dünne Ideologien das Potential besitzen, zu vollen Ideologien ausgeweitet zu werden, wenn sie weitere ideologische Elemente inkorporieren (Freedon 2017: 3).

Deutungsmuster sind davon abzugrenzen, aber eng verknüpft. Sie sollen helfen, die soziale Wirklichkeit zu ordnen und zu verstehen (Entman 1993; Snow/Benford 1988). Etwas überspitzt formuliert kann man Frames als kollektive Ableitungen und Konkretisierung dünner Ideologien beschreiben.

Ad 3) Die auf Weber zurückgehende Herleitung der Legitimität politischer Herrschaft geht davon aus, dass bestimmte Leistungen des politischen Systems (Output-Sphäre) im weitesten Sinne politischen Akteur*innen zugerechnet

werden, auch wenn sie nicht direkt verantwortlich für die Erbringung dieser Leistungen sein sollten. Exemplarisch dafür kann man bei islamischen Akteur*innen deren Rekurs auf die goldene Epoche islamischer Ursprünglichkeit nennen in Verbindung mit deren nach außen getragener moralischer Geradlinigkeit. Auch religiöse Führungspersönlichkeiten können mit ihrem Charisma (etwa Hassan Nasrallah für die libanesische Hizbollah oder Khomeini in Iran) zu einer hohen Legitimität einer Bewegung oder eines politischen Systems beitragen.

Neue Akteur*innen müssen sich Legitimität zunächst erarbeiten, sei es, indem sie eine glaubhafte Alternative zum existierenden System kommunizieren, oder indem sie den autoritären Status Quo aufbrechen und bisher aus dem politischen System ausgeschlossene Teile durch eine Erweiterung partizipatorischer Elemente in den politischen Prozess einbeziehen und auf diese Weise Unterstützung sowie Legitimität generieren, die in einem frühen Stadium der Transition gewiss noch fragilen Charakter hat (Berg-Schlosser 2015: 296f.; klassisch: Dahl 1971).

Ad 4) Das Mobilisierungspotential einer oppositionellen Bewegung hängt maßgeblich davon ab, ob sie schichtübergreifend agieren kann, um eine möglichst breite Koalition auf die Straße zu bringen, die aufgrund ihrer Konfliktfähigkeit die strategischen Gruppen zu Konzessionen zwingen vermag.

Für die Zuordnung einer Gruppe zum strategischen oder konfliktfähigen oppositionellen Spektrum ist ihre Nähe zum Staat entscheidend. Allerdings – und das ist für einen Übergangsprozess von besonderer Bedeutung, da hier die Loyalitäten oftmals fluktuierend und diffus sind – meint dies nicht eine etwaige personelle Verquickung; es geht vielmehr darum, ob diese oder jene Gruppe ihre spezifischen Machtressourcen bzw. Droh-/Konfliktpotentiale, die »der eigenen Interessenrealisierung nutzbar gemacht werden können [...] zugunsten des bestehenden Regimes oder aber zugunsten der politischen Opposition« eingesetzt werden (Schubert et al. 1994: 70). Zu diesen Machtressourcen zählen: Zugriff auf Produktionsmittel (i.d.R. strategische Gruppen), physische Gewalt, Organisationsfähigkeit, ideologische Kohärenz, Charisma, allgemeines Mobilisierungspotential (ebd.).

Zusätzlich muss nach der Rolle von Ideen und Ideologien im Prozess der Mobilisierung gefragt werden, die mit dem beginnenden Regimewandel bei den verschiedenen Akteur*innen virulent geworden sind und sich möglicherweise als konträre Konfliktlinien artikulieren, um den Verlauf der Transition erklären zu können. Um eine Transition erfolgreich zu gestalten, müssten partikularistische Lagerbildungen durch eine »lagerübergreifende Rahmenvereinbarung« (*cross-ideological framework*) vermieden werden, welche *a priori* von beiden Seiten beschlossen wird, und welche die künftigen Staatsprinzipien festlegt (Lust et al. 2013: 8).

Nimmt man den vorliegenden Fall Ägypten in den Fokus, so heißt dies nichts anderes, als dass säkular und islamisch sich legitimierende politische Formationen und von ihnen repräsentierte Schichten zu einer solchen Einigung kommen müssten, um eine möglichst breite Mobilisierung zu bewirken und eine Demokra-

tisierung einzuleiten. Aber Brumberg (2002b: 110; vgl. auch Lust-Okar 2011: 175ff.) betont, dass demokratisch orientierte Säkulare es vorziehen, sich mit den autoritären Elementen zu verbünden, um ihre vorgeschobene oder reale Angst vor islamischen Formationen und deren angeblicher Übernahme und Islamisierung des Staates vorzubeugen. Damit komme es oft zu einer »Autokratie mit Demokraten« (*autocracy with democrats*) und einer radikalen Polarisierung mit islamisch sich legitimierenden Akteur*innen (Brumberg 2002a). Historisch wurde diese Angst vom Regime immer wieder geschürt und eingesetzt, um säkulare oppositionelle Gruppen und Parteien um sich zu scharen. Demokratie bedeute, dass nur einmal Wahlen stattfinden würden, weil die siegreichen Islamiten⁷ die Demokratie danach abschaffen würden, so das Argument (Carothers/Ottaway 2004: 26; Lust et al. 2016).

Die historische Erfahrung in Osteuropa hat gezeigt, dass es bei den Transformationsprozessen dort häufig zum Gegenteil kam, nämlich einer »Demokratie ohne [überzeugte] Demokraten« (*democracy without democrats*), da demokratische Verfahren von Eliten als nützlich erachtet wurden, um Konflikte zwischen Regime und Opposition zu regulieren (Brumberg 2002b: 110f.; vgl. für diese These Salamé 1994).

Es wird im weiteren Verlauf zu überprüfen sein, welches Theorem auf den vorliegenden Fall am ehesten zutrifft, ob die säkularen Akteur*innen die sich eröffnenden Möglichkeiten einer Demokratisierung durchzusetzen versucht haben, oder ob ihre Ängste vor einer so genannten Islamisierung zum Scheitern des politischen Prozesses beigetragen haben, indem sie ihr kollektives Agieren bestimmten.

3.2 Politische Konflikte als dynamische soziale Prozesse

Der Ansatz der umkämpften Politik (*contentious politics*) bietet brauchbare Lösungsansätze und heuristische Instrumente für Fragen nach der Etablierung von Anerkennungsverhältnissen und ihrer Institutionalisierung, da er Konflikte als dynamische soziale Prozesse betrachtet und sowohl Akteur*innen als auch strukturelle Faktoren in die Analyse einbezieht (McAdam et al. 2001; Tilly/Tarrow 2015).

Diesem Ansatz zufolge liegen Konflikten wiederkehrende Mechanismen zugrunde, die als spezifisches Ereignis definiert werden, welches die Beziehungen

7 Hilfskonstruktion, um die normativ aufgeladenen, negativ konnotierten und wissenschaftlich höchst unscharfen Begriffe *Islamisten* und *Islamismus* zu vermeiden, die oftmals in Begleitung von Adjektiven wie extremistisch, radikal etc. eher einer Bedrohungsinszenierung dienen, als wissenschaftlicher Analyse. Analog wird in dieser Arbeit mit dem Begriff *Salafist* verfahren, der zwar eine Selbstbezeichnung ist, in der Wissenschaft und insbesondere in den Medien aber einer sicherheitspolitischen Überformung unterworfen ist, die jegliches analytische Potential verschüttet. Deshalb wird er durch *Salafit* ersetzt.

zwischen distinkten Akteur*innen auf ähnliche Weise beeinflussen (McAdam et al. 2001: 24). Allen Mechanismen seien dieselben kausalen Ursache-Wirkungs-Prinzipien inhärent – unabhängig von Zeit und Ort ihres Auftretens. Doch aufgrund differierender Kombinationen von Mechanismen und Ausgangsbedingungen würde es jedes Mal zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen (ebd.).

Der Begriff der umkämpften Politik bezieht sich auf jegliche Art von Konflikt oder Ringen, in welchem Gruppen versuchen, ihre Ziele durchzusetzen, eine der Konfliktparteien eine Regierung ist sowie eine Form kollektiver Handlung (*collective action*) zu erkennen ist:

»Episodic, collective interaction among makers of claims and their objects when a) at least one government is a claimant, an object of claims, or a party to the claims and b) the claims would, if realized, affect the interests of at least one of the claimants.« (Ebd.: 5)

Demokratisierungsprozesse werden explizit als eine solche Form der umkämpften Politik analysiert (ebd.: 9). Die Auseinandersetzungen können sowohl zu mehr als auch zu weniger Demokratie führen (Tilly/Tarrow 2015: 65ff.). Begrifflich wird der Transformationsansatz modernisiert, indem er Demokratie durch »politische Partizipation« und »institutionelle Repräsentation« ersetzt, Prinzipien, die den Menschen bestimmte (Bürger-)Rechte und direkten Einfluss und Kontrolle über Regierungen sowie deren Politikmaßnahmen einräumen (ebd.: 57).

Weiter definiert der Ansatz Regime, Institutionen sowie Maßnahmen der Akteur*innen (*repertoires*) und politische Opportunitätsstrukturen (*political opportunity structures*, POS) als relationale Größen, zwischen denen sich das Ringen (*contention*) abspielt (ebd.: 54). Im Folgenden sollen diese Konzepte und Begriffe näher erläutert werden.

3.2.1 Regimes, Institutionen und Kämpfe

Die Relationalität dieser Konzepte bezieht sich auf die wechselseitige Verursachung und Beeinflussung von Veränderungen innerhalb dieser Strukturen. Regime beschreiben politische Herrschaft, die Art von Regierungen sowie die Beziehungen zwischen Herausforderern und etablierten politischen Akteur*innen (ebd.: 49). Zentral für die Bestimmung eines Regimes ist die Kategorie der Steuerungsfähigkeit (*capacity*), also die Fähigkeit oder Macht eines Staates, Aktivitäten von Akteur*innen und Verteilung von Ressourcen innerhalb seines Territoriums zu regulieren. Es wird zwischen high-capacity- und low-capacity-Regimen (hohe Steuerungsfähigkeit vs. niedrige Steuerungsfähigkeit) unterschieden, die jeweils sowohl demokratisch als auch nicht-demokratisch konstituiert sein können (vgl. auch McAdam et al. 2001: 269ff.; Tilly/Tarrow 2015: 57).

Institutionen sind von Regimen festgelegte, tolerierte oder auch verbotene Routinen, Verfahren, Formen der Organisation, die Regelmäßigkeit, Vorhersagbarkeit, Stabilität, Kooperation sowie Integration herstellen und garantieren sollen⁸ (Tilly/Tarrow 2015: 62). Etwas weiter fasst den Begriff *Offe*, der Institutionen als Produktions- und Distributionsinstanzen von Werten fasst (Zugang zu Macht, Bildung, Gesundheit, Sicherheit etc.) und somit auch »als Ziel von gesellschaftlichen Konflikten, die darauf gerichtet sind, das Verteilungsmuster dieser und anderer Werte bzw. das Verteilungsmuster der Akteur*innen, die über die Verteilung dieser Werte bestimmen, zu verändern« (2006: 14ff.).

Diese Konflikte um die Ausgestaltung von Institutionen können zwei Formen annehmen: »Eingehegte und nicht eingehegte Kämpfe« (*contained and transgressive contention*)⁹ (McAdam et al. 2001: 7f.; Tilly/Tarrow 2015: 62f.). In undemokratischen Regimen mit hoher Steuerungsfähigkeit überwiegen Formen der nicht eingehegten Kämpfe, da dort die meisten Formen institutionalisierter Interessenartikulation als gefährlich für den Systemerhalt bzw. für die Erhaltung der privilegierten Machtposition der eigenen Gruppe angesehen und somit verboten sind: »Überschreitungen fordern das Regime, seine Institutionen und Gesetze gleichzeitig heraus« (Tilly/Tarrow 2015: 63). Weiteres Merkmal von nicht eingehegten Kämpfen ist, dass neu konstituierte Akteur*innen am Konflikt beteiligt sein müssen, und dass beteiligte Akteur*innen innovative Artikulationsformen kollektiver Handlungen anwenden. Innovativ sind Artikulationsformen dann, wenn sie im Regime, welches Ziel des Konflikts ist, verboten sind, also institutionelle Barrieren durchbrechen (McAdam et al. 2001: 8). Auch das Verhältnis von Kämpfen und Institutionen ist insofern relational, als sich kollektive Handlungen auf Institutionen auswirken und Institutionen wiederum kollektive Handlungen verbieten oder erlauben können.

Um aber zu erklären, wie es zu Kämpfen in Form von Protestbewegungen und Revolutionen kommt, dass also Menschen für mehr Partizipation ihr Leben riskieren, zumal in Regimen mit hoher Steuerungsfähigkeit, die scheinbar alles unter

8 Mit diesem Institutionenverständnis verbleiben die Autoren hinter der organisationssoziologischen Auffassung zurück, wonach Institutionen »strukturell oder kulturell wirksame Phänomene, [...] übergeordnete gesellschaftliche Regelwerke« seien, Jepperson (1991: 144); vgl. auch Mayntz/Scharpf (1995b: 40f.); vgl. Hasse/Krücken (1996). Damit fallen sie in einen Formalismus zurück, der Institutionen lediglich als Erbringer effektiver Leistungen betrachtet, den Aspekt der politischen Kultur und die Dialektik zwischen Institution und Umwelt aber ausblendet. Dies erscheint umso merkwürdiger, als die Autoren ansonsten von einer Relationalität von Beziehungen und Strukturen ausgehen.

9 Diese Unterscheidung kann näherungsweise als »institutionalisierte Konfliktformen einhaltend bzw. überschreitend« wiedergegeben werden. Der Einfachheit halber wird im Folgenden von eingehegten (*contained*) und nicht eingehegten (*transgressive*) Kämpfen und Konfliktformen gesprochen.

Kontrolle haben, bedient sich der theoretische Ansatz einer weiteren Kategorie, nämlich den politischen Opportunitätsstrukturen.

3.2.2 Politische Opportunitätsstrukturen und politischer Wandel

Tilly/Tarrow definieren POS als relationales Schlüsselkonzept, welches die Verbindungen zwischen Regimen, Institutionen und Protestgruppen sowie zwischen Maßnahmen und Kämpfen verdeutlicht (2015: 59). Oder mit anderen Worten: POS werden als *Veränderungen der politischen Umwelt* definiert, die die Chancen des Erfolgs der beteiligten Akteur*innen beeinflussen (vgl. auch Opp 2009: 161ff.). Tilly und Tarrow definieren aber nicht nur die Erfolgchancen als abhängig von den POS, sondern auch die Möglichkeit des Scheiterns einer Transition. Demzufolge beziehen sich POS auf:

»Features of regimes and institutions [...] that facilitate or inhibit a political actor's collective action and to changes in those features. It...not only includes opportunities, but also threats. When these cumulate and combine, they lead to changes in regimes, such as democratization and dedemocratization.« (Tilly/Tarrow 2015: 49)

Bruchstellen, oder auch »strukturelle Verletzlichkeit« des Regimes, tun sich im Moment eines möglichen Wandels auf und beeinflussen maßgeblich die Konflikt- und Handlungsfähigkeit der Akteur*innen sowie deren Wahl von Maßnahmen (McAdam et al. 1996a: 8). Die vielfach kritisierte »Überbetonung« des strukturellen Wandels, der Akteur*innenhandeln erst ermöglichen (Goodwin/Jasper 1999; McAdam et al. 2001; Weipert-Fenner/Wolff 2015), haben Gamson/Meyer zu relativieren versucht, indem sie konzidierten »Möglichkeitsstrukturen eröffnen Akteur*innen die Chance, politisch zu handeln, aber Bewegungen erschaffen auch Möglichkeitsstrukturen« (1996: 285). Ursache und Wirkung sind demnach zwischen Handlung und Struktur interdependent gelagert und beeinflussen sich gegenseitig.

Die Dimensionen von POS umfassen einen ganzen »Cluster von Variablen«, die wiederum als Merkmale eines Regimes gedeutet werden können:

»The multiplicity of independent centers of power within it

- 1) Its openness to new actors
- 2) The instability of current political alignments
- 3) The availability of influential allies or supporters for challengers
- 4) The extent to which the regime represses/facilitates collective claim making
- 5) Decisive changes in items 1-5« (Tilly/Tarrow 2015: 59)

Kriesi et al. geben vier weitere Dimensionen von POS an: »Nationale Cleavage-Struktur, institutionelle Strukturen, vorherrschende Strategien und Bündnisse«

(1995: XIII). Es fällt auf, dass Kriesi et al. zwei wichtige, akteur*innenzentrierte Dimensionen in ihre Definition aufnehmen: Strategien von Akteur*innen und mögliche Allianzen. Veränderungen bei einzelnen oder mehreren POS führen zu mehr oder auch weniger Demokratie während eines Transitionsprozesses. Alleine sagen diese Faktoren nichts über Chancen oder Risiken für einen Transitionsprozess aus. Dies hängt ganz von den beteiligten Akteur*innen, ihren Kapazitäten sowie dem Umgang damit ab.

In Kapitel II-4 wird sich zeigen, wie die Verhältnisse zwischen Struktur, Wahrnehmung und der Handlung von Individuen auf der Mikroebene gelagert sein müssen, damit aus diesem Zusammenspiel tatsächlich POS entstehen, die für oppositionelle Akteur*innen das Potential in sich bergen, die politischen Verhältnisse verändern zu können.

Tilly/Tarrow beschreiben POS auch als »Gerüst« (*framework*) innerhalb dessen Menschen entscheiden, ob sie mobilisieren, zu welchen Aktionsformen und Kombinationen von Aktionsformen sie greifen, um ihre Ziele durchzusetzen (2015: 59ff.). So kann Repression durch das Regime dazu führen, dass radikale Gruppen vom Regime zerschlagen und vollkommen unterdrückt werden, während die Repression für andere, weniger radikale Gruppen neue Möglichkeitsstrukturen darstellt, weil sie weiterhin legal agieren können und ihr Handlungsspielraum durch die Beseitigung der radikalen Opposition sogar erweitert wird.

Mit der Zeit entwickeln sich »relationale Möglichkeitsstrukturen zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren«, die zu mehr oder weniger politischen Kämpfen führen können (Boudreau 2002: 30). Ähnliches lässt sich über die Aktionsformen und politische Performanz sagen: Während manche Aktionsformen von Regimen verboten werden können, um den nicht eingehegten Charakter der Kämpfe einzudämmen, sind andere Formen erlaubt. Alle diese Entscheidungen wirken sich auf die POS aus, welche das kollektive Verhalten von Gruppen lenken, es formen und zu Entscheidungen darüber führen, wie es gestaltet werden kann – und umgekehrt (Tilly/Tarrow 2015: 60).

Auf einer Mikroebene des politischen Verhaltens rufen Veränderungen in den POS bestimmte Erwartungen bei Akteur*innen hervor, die in Protestbereitschaft umschlagen, wenn sie nicht erfüllt werden. Andere Strukturbedingungen, die Protest beeinflussen, sind mehr ressourcenorientiert und heben auf »Bedürfnisse« (*needs*), »Forderungen« (*demands*) oder auch »Mangel« (*deprivation*) von Gruppen ab (Opp 2009: 164).

Die Mechanismen, die zwischen diesen Bedürfnissen auf der individuellen Mikroebene, der Formierung und Mobilisierung von Protest auf der kollektiven Mesoebene sowie der strukturellen Systembedingungen und der daraus resultierenden politischen Kämpfe vermitteln, sollen im Folgenden Kapitel Gegenstand der Untersuchung sein. Es wird sich zeigen, wie die Verhältnisse zwischen Struktur, Wahrnehmung und der Handlung von Individuen auf der Mikroebene gelagert

sein müssen, damit aus diesem Zusammenspiel auf der Mesoebene tatsächlich POS entstehen, die für oppositionelle Akteur*innen das Potential bergen, die politischen Verhältnisse verändern zu können.

